



## „Berlin-Ticker“ Nr. 122 vom 9. Februar 2012

für Bürger, Medien, Verwaltungen und Unternehmen mit aktuellen Infos aus der Bundespolitik

Diesen Newsletter online lesen und digital durchblättern: <http://www.manfredgrund.de/2012/02/09/ticker-122/>

Berlin, 9. Februar 2012

### Bilder der Woche

#### Manfred Grund, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

Vorsitzender der Landesgruppe  
Thüringen der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Ich bin der Bundestagsabgeordnete  
im Wahlkreis 189 Eichsfeld -  
Nordhausen - Unstrut-Hainich-  
Kreis I in Thüringen

#### Kontakt

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-78014  
Fax: +49 30 227-76374  
[manfred.grund@bundestag.de](mailto:manfred.grund@bundestag.de)  
[twitter.com/manfred\\_grund](https://twitter.com/manfred_grund)  
[www.facebook.com/manfredgrund](https://www.facebook.com/manfredgrund)

#### Wahlkreisbüros

- ▶ Wilhelmstraße 20  
37308 Heilbad Heiligenstadt  
Telefon: +49 3606-606165
- ▶ Steinweg 51  
99974 Mühlhausen  
Telefon: +49 3601-405027
- ▶ Käthe-Kollwitz-Straße 4  
99734 Nordhausen  
Telefon: +49 3631-691100



Seit Jahren nehme ich am traditionellen Neujahrsempfang des CDU-Verbandes in der Goldenen Aue sowie des Kreisverbandes Nordhausen im Schloss Heringen teil. Auch dieses Mal lockte der Empfang wieder zahlreiche Gäste. In diesem Jahr habe ich dem Kandidaten für die Landratswahl in Nordhausen, Egon Primas, meine Unterstützung zugesichert. *Fotos: Chris Schröter*

### Inhalte

1. Fortschrittsbericht zur Entwicklung ländlicher Räume..... 1
2. Zukunftsdialo g der Bundesregierung gestartet..... 2
3. Meinungsbildung zum Euro-Rettungsschirm ..... 3
4. Mehr Breitband ..... 4
5. Einigung im Vermittlungsausschuss..... 4
6. Mein Terminplan..... 5

### 1. Fortschrittsbericht zur Entwicklung ländlicher Räume

Etwa jeder zweite Deutsche wohnt in einem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Das gilt fast ausnahmslos auch für Nordthüringen. Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Dynamik bergen die Gefahr, dass die



ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer schwieriger wird.

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen wollen die Lebensqualität der ländlichen Räume erhalten. Dies verstehen wir als Beitrag zur Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Die Bundesregierung stellte diese Woche eine Unterrichtung ([17/8499](#)) zur Förderung der ländlichen Räume vor. Danach sind zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in strukturschwachen ländlichen Regionen die Programme „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ausgebaut worden. Zudem hätten zur konjunkturellen Stabilisierung der Wirtschaft und zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur zusätzliche Finanzhilfen mit Mitteln des Konjunkturpakets II Investitionen in den Kommunen gefördert.

Die Bundesregierung hat im Herbst mit dem Demografiebericht ([17/7699](#)) und mit dem Raumordnungsbericht ([17/8360](#)) umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die wir jetzt auswerten wollen. Hierzu haben wir eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen gebildet, die innerhalb des ersten Halbjahres konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten soll.

Besonders wichtig für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren ist die gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Wir werden nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Wir müssen neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation finden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen.

## **2. Zukunftsdialoq der Bundesregierung gestartet**

In ihrer Neujahrsansprache hat die Bundeskanzlerin drei für die Zukunft unseres Landes wesentliche Fragen aufgeworfen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie sichern wir unseren Wohlstand? Wie lernen wir als Gesellschaft? Die Bundesregierung diskutiert diese Frage seit dem Frühjahr 2011 mit Wissenschaftlern und Praktikern. Aber da es um unser aller Zukunft geht, hat sie in der vergangenen Woche einen öffentlichen Dialog der Bürger und der Zivilgesellschaft begonnen. Er steht unter dem Titel „Menschlich und erfolgreich. Dialog über



Deutschlands Zukunft“ und findet im Rahmen der Bürger-Internet-Plattform [www.dialog-ueber-deutschland.de](http://www.dialog-ueber-deutschland.de) statt.

Darüber hinaus wird die Bundeskanzlerin bei drei Bürgergesprächen im Februar und März mit den Menschen vor Ort in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld diskutieren. Im Mittelpunkt sollen dabei konkrete Handlungsvorschläge und Anregungen für die Bundespolitik stehen, die die Bundesregierung weiterverfolgen und in der Gesetzgebung oder anderen Initiativen umsetzen kann.

Die Ergebnisse des Zukunftsdialoges werden im Juli veröffentlicht. Durch den Dialog soll eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Landes angeregt werden. Dabei bietet der Zukunftsdialog eine gänzlich neue Form der politischen Beteiligung, die stark auf den Prozess gegenseitigen Zuhörens, Diskutierens und voneinander Lernens setzt.

Auch Sie können mitmachen: Melden Sie sich auf der Internet-Plattform [www.dialog-ueber-deutschland.de](http://www.dialog-ueber-deutschland.de) an, stellen Sie dort eine Frage direkt an Angela Merkel oder bewerten Sie die bereits gestellten Fragen anderer Nutzer. Die Autoren der zehn Beiträge mit der größten Zustimmung werden von Angela Merkel zum Gespräch eingeladen.

### **3. Meinungsbildung zum Euro-Rettungsschirm**

Oft bin ich erstaunt, Zuschriften zu erhalten, deren Absender genau zu wissen scheinen, was absolut richtig und was ganz falsch ist und noch dazu genau, was die Mehrheit der Bevölkerung und die Mehrheit der Wähler will und was nicht.

Ich bin weder Finanzexperte noch Hellseher oder Orakel. Doch ich bin Elektroingenieur und halte mir meinen gesunden Menschenverstand zugute. So werde ich auch über die Frage des ESM-Vertragspakets (Euro-Rettungsschirm) im Bundestag abstimmen.

Im Bereich Finanzen orientiere ich mich an den Finanzexperten meiner Fraktion und an dem, was die Kanzlerin für machbar, realistisch und verantwortbar hält. Die Kanzlerin hat mich noch nie in die Irre geführt oder Deutschland bewusst Schaden zufügen wollen.

Ich habe gelesen, dass 70 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Politik der Kanzlerin haben. Diese Aspekte zusammen beeinflussen meine Entscheidung. Ich wünschte, auch die



zahlreichen Teilnehmer einer Postkartenaktion könnten dem zustimmen.

#### **4. Mehr Breitband**

Erneut positive Nachricht erreichte mich auf die Meldung im „Berlin Ticker“ Nr. 120 zum Ausbau schneller Internetnetze: Aus der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg war zu erfahren, dass die Telekom auf der Grundlage eines Umsetzungsvertrages Bornhagen ab sofort und nach Ausräumung von letzten Kleinigkeiten auch Gerbershausen an die leistungsfähigen Breitbandnetze anbindet.

In den Kommunalen Sprechstunden in den Dörfern soll nächste Woche in Gerbershausen und am 1. März in Bornhagen über die technischen bzw. praktischen Details informiert werden.

#### **5. Einigung im Vermittlungsausschuss**

Der Vermittlungsausschuss hat am Mittwoch einen Kompromiss zu dem zwischen Bundestag und Bundesrat strittigen Kreislaufwirtschaftsgesetz erzielt. Der Einigungsvorschlag stärkt die Wettbewerbsposition der öffentlichen Entsorgungswirtschaft gegenüber privaten Abfallsammlungen.

Die Länder hatten beim Kreislaufwirtschaftsrecht befürchtet, mit dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz werde die sogenannte „Rosinenpickerei“ durch gewerbliche Abfallsammlungen begünstigt. Sie forderten einen fairen Ausgleich zwischen den kommunalen und den gewerblichen Entsorgungsträgern.

Der Vermittlungsvorschlag sieht bei den Überlassungspflichten für Abfälle die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Entsorger dann nicht beeinträchtigt, wenn der gewerbliche Sammler wesentlich leistungsfähiger ist. Nach dem Bundestagsbeschluss genügte bereits die Gleichwertigkeit der Sammelleistung. Die Beurteilung der Leistungsfähigkeit wird an verschiedene Zielkriterien der Kreislaufwirtschaft wie Qualität und Effizienz geknüpft. Hierfür trägt der gewerbliche Anbieter die Beweislast. Zugleich präzisiert der Vermittlungsvorschlag die Prüfungsvorgaben zur Leistungsfähigkeit in einigen Punkten, um den Vollzug zu erleichtern und unter anderem dem Schutz vertraglich gebundener Auftragnehmer Rechnung zu tragen.

Eventuelle Zusatzangebote des gewerblichen Sammlers, die nicht der Zweckbestimmung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes



unterliegen, sollen künftig bei der Vergleichsbetrachtung nicht berücksichtigt werden.

Bundestag und Bundesrat müssen die Änderungsvorschläge des Vermittlungsausschusses noch bestätigen. Beide Häuser befassen sich bereits in dieser Woche mit der Beschlussempfehlung.

## **6. Mein Terminplan**

Morgen früh treffen die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordneten unsere Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht vor der Sitzung des Bundesrates. Im Bundestag wird anschließend über Atommüll, das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2012 und die Polizeipräsenz in Afghanistan debattiert, bevor ich zum Neujahrsempfang der CDU in Heiligenstadt fahre.

In der kommenden Woche besuche ich die Staatliche Berufsschule Mühlhausen, wo ich mit Auszubildenden über politisches Engagement und Demokratie spreche. Anschließend biete ich eine Sprechstunde in Nordhausen an und besichtige das Mehrgenerationenhaus. Anschließend treffe ich mich mit Vertretern einer Agrargenossenschaft. Abends bin ich Gast der CDU in Leinefelde. Am Dienstag steht eine Gesprächsrunde mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Thüringen in meinem Kalender. Ab Donnerstag erlaube ich mir, nochmals die närrischen Tage mit Besuchen zu verschiedenen Veranstaltungen in Nordthüringen zu feiern.

Ihnen alles Gute! Der nächste Newsletter erscheint voraussichtlich am 1. März 2012.

--

Herausgeber:

**Manfred Grund, MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78014 | Fax: +49 30 227-76374

manfred.grund@bundestag.de

*Alle Informationen nach bestem Gewissen, jedoch ohne jede Gewähr.*

*Sie dürfen Inhalte des Newsletters mit Quellenangabe gern weiter geben.*

*Newsletter abonnieren: <http://www.manfredgrund.de/newsletter/>*